

Mündlicher Bericht
des Haushaltsausschusses
(13. Ausschuß)

zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des
Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1966
(Haushaltsgesetz 1966)

— Drucksache V/250 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Schoettle

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1966 (Haushaltsgesetz 1966) nebst Gesamtplan in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Bonn, den 5. Mai 1966

Der Haushaltsausschuß
Schoettle
Vorsitzender und Berichterstatter

Zusammenstellung
des Entwurfs eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Rechnungsjahr 1966
(Haushaltsgesetz 1966)
— Drucksache V/250 —
mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses
(13. Ausschuß)

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Rechnungsjahr 1966
(Haushaltsgesetz 1966)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1966 wird in Einnahme und Ausgabe auf

69 153 767 400 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

67 781 767 400 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

1 372 000 000 Deutsche Mark.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabenansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, soweit Leistungen aus diesen Ausgabenansätzen für bereits bewilligte Maßnahmen noch im folgenden Rechnungsjahr erforderlich sind.

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Rechnungsjahr 1966
(Haushaltsgesetz 1966)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1966 wird in Einnahme und Ausgabe auf

68 906 092 800 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

68 470 092 800 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

436 000 000 Deutsche Mark.

§ 2

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 3

(1) § 14 der Reichshaushaltsordnung ist auch auf einmalige und außerordentliche Ausgaben für bauliche Unternehmungen anzuwenden, bei denen der Bund nicht selbst Bauträger ist, aber mehr als 50 vom Hundert der Baukosten trägt. Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in dringenden Fällen Ausnahmen von einer Anwendung des § 14 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen; in diesen Fällen dürfen die Bundesmittel den Bauträgern erst bewilligt werden, wenn die in §§ 14 oder 45 der Reichshaushaltsordnung bezeichneten Unterlagen vorliegen.

(2) Bei Anwendung des § 30 a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 150 000 Deutsche Mark und der Betrag von 10 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 30 000 Deutsche Mark zu ersetzen.

(3) In Abweichung von § 41 der Reichshaushaltsordnung gelten für die Benutzung von Dienstkraftwagen außerhalb der rein dienstlichen Verwendung die Richtlinien der Bundesregierung vom 16. März 1962.

(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in Abweichung von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen, daß

1. bewegliche Sachen des Bundes, die aus Zuwendungen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung erworben sind, den Trägern der Forschungseinrichtungen oder zentralen Forschungsorganisationen unentgeltlich übereignet werden,
2. bewegliche Sachen und Leistungen des Bundes aus Anlaß von Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notständen unentgeltlich überlassen werden, wenn die Überlassung zur Abwendung oder Milderung einer nichtvorhergesehenen Notlage erfolgt.

(5) Der Bundesminister der Finanzen kann abweichend von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zur verbilligten Beschaffung von Bauland zulassen, daß bundeseigene unbebaute Grundstücke unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, daß diese Grundstücke binnen angemessener Frist, die in der Regel drei Jahre nach Abschluß des Kaufvertrages nicht übersteigen soll, zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaues bebaut werden. Unterbleibt die Bebauung, so ist das Eigentum an dem Grundstück gegen Erstattung der Kosten wieder auf den Bund zurückzuübertragen. Der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates gemäß § 47 Abs. 3 der Reichshaushaltsordnung bedarf es in diesen Fällen nicht. Das Nähere bestimmen Richtlinien des Bundesschatzministers im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wohnungswesen und Städtebau.

§ 3

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

(6) In den Fällen des § 47 Abs. 3 und 6 der Reichshaushaltsordnung gilt als Wertgrenze des § 3 Abs. 2 und des § 5 der Anlage 3 zu § 57 der Reichswirtschaftsbestimmungen der Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark.

(7) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in Abweichung von § 50 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung die Änderung von Kreditverträgen mit ausländischen Schuldern zuzulassen, wenn dies im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt.

(8) Von der Einziehung von Forderungen des Bundes im Verkehr mit Privatpersonen darf mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen Abstand genommen werden, wenn die Einziehung mit Verwaltungsaufwand oder Kosten verbunden wäre, die nicht in angemessenem Verhältnis zur Höhe des Betrages stehen.

§ 4

Übersteigt bei einem Einnahmetitel der Betrag der tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz und können auf Grund eines Haushaltsvermerks bei einem übertragbaren Ausgabetitel in Höhe dieser Mehreinnahmen Ausgaben geleistet werden, so dürfen, abweichend von § 73 der Reichshaushaltsordnung, die Beträge solcher Mehreinnahmen, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres für die Zwecke der Ausgabetitel nicht verwendet worden sind, in der Haushaltsrechnung als Ausgaberesst und zugleich als Mehrausgabe nachgewiesen werden.

§ 5

(1) Verwaltungsvorschriften, die die aus einer einzelnen Zweckbestimmung zu leistenden Ausgaben nach bestimmten Merkmalen festlegen, sind so zu fassen, daß die unter der Zweckbestimmung veranschlagten Mittel zur Deckung der Ausgaben ausreichen. Ergibt sich, daß bei Aufrechterhaltung der Vorschriften eine Haushaltsüberschreitung erforderlich wird, sind die Vorschriften unverzüglich entsprechend zu ändern. Ausnahmen sind im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen zulässig; hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages den Verwaltungsvorschriften zugestimmt, so ist grundsätzlich auch die Zustimmung dieses Ausschusses einzuholen.

(2) § 45 b der Reichshaushaltsordnung ist auf Handlungen der Verwaltung auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts anzuwenden, durch die die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet wird, über ein Rechnungsjahr hinaus Auszahlungen zu leisten. Das gilt auch für Entscheidungen der Verwaltung auf Grund gesetzlicher Ermächtigung.

(3) § 75 der Reichshaushaltsordnung ist in der Weise anzuwenden, daß bei Feststellung des Jahres-

§ 4

unverändert

§ 5

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

ergebnisses nur die tatsächlich eingegangenen Einnahmen (Ist-Einnahme) und die tatsächlich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgabe) berücksichtigt werden.

§ 6

Der Bundesminister der Finanzen darf seine Zustimmung nach § 30 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung zur Verausgabung von Beträgen, die bei übertragbaren Ausgabebewilligungen am Schluß des Rechnungsjahres 1965 nicht verwendet sind (Ausgabereste), nur erteilen, wenn innerhalb desselben Einzelplans im Rechnungsjahr 1966 veranschlagte Beträge in gleicher Höhe für diesen Zweck in Abgang gestellt werden oder wenn sichergestellt ist, daß in demselben Einzelplan am Schluß des Rechnungsjahres 1966 Ausgabereste in gleicher Höhe verbleiben. Der Bundesminister der Finanzen kann in Ausnahmefällen zulassen, daß der Ausgleich in anderen Einzelplänen vorgenommen wird.

§ 7

(1) Verfügungen über Ausgabemittel, die bei einzelnen Titeln des Haushaltsplans als gesperrt bezeichnet oder im außerordentlichen Haushalt veranschlagt sind, desgleichen Maßnahmen, durch welche für die Bundesrepublik Deutschland Verpflichtungen zu Lasten dieser Ausgabemittel entstehen können, bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von bestimmten Ausgabemitteln von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabe-seite es erfordert.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann aus konjunkturpolitischen Gründen die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel von seiner besonderen vorherigen Zustimmung abhängig machen. Das gleiche gilt für das Eingehen von Verbindlichkeiten zu Lasten künftiger Rechnungsjahre. Der Bundesminister der Finanzen hat vor der Sperre und ihrer Aufhebung das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbeizuführen.

(4) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen anzuordnen, daß vermögenswirksame Ausgaben, die im ordentlichen Haushalt veranschlagt sind, aus Mitteln des außerordentlichen Haushalts geleistet werden, wenn dies nach der Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite zur Sicherung des Haushaltsausgleichs erforderlich ist.

§ 6

unverändert

§ 7

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, bei zweckgebundenen Zuschüssen und Darlehen des Bundes an die Länder Abweichungen von im Haushaltsplan vorgesehenen Selbstbeteiligungen der leistungsschwachen Länder zuzulassen.

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

(6) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, eine Verstärkung der Ansätze für den Bau von Bundesfernstraßen und von Bundeswasserstraßen bis zu 450 000 000 Deutsche Mark zuzulassen, soweit entsprechende Mehreinnahmen im ordentlichen Haushalt zur Verfügung stehen. Die Finanzierungsermächtigung nach Artikel 9 des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065) ermäßigt sich um die Verstärkungsmittel, die den Betrag von 100 000 000 Deutsche Mark übersteigen, entsprechend.

§ 8

(1) Der Beginn von Hochbaumaßnahmen bedarf der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft die Mittel für die Fortführung begonnener und für neue Baumaßnahmen des Bundes sowie die Ausgabenansätze zur Förderung von Baumaßnahmen anderer Stellen in Höhe von 20 vom Hundert zu sperren, wenn und soweit dies aus konjunkturpolitischen Gründen insbesondere mit Rücksicht auf die Lage des Baumarktes erforderlich ist. § 7 Abs. 2 und 3 bleibt unberührt.

(3) § 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617) findet keine Anwendung.

§ 9

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind gegenseitig deckungsfähig die Ansätze bei

1. Titel 104 a und 104 b,
2. Titel 109 a und 109 b,
3. Titel 201 a, b und c,
4. Titel 207 a, b und c.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)

1. Einsparungen bei Titel 101 zur Verstärkung der bei Titel 103 und 104 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Titel 102 zur Verstärkung der bei Titel 103 veranschlagten Mittel;
3. Einsparungen bei Titel 103 zur Verstärkung der bei Titel 104 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei den Titeln 101 bis 104 zur Verstärkung von Mitteln bei den Titeln 109, 110 und 111;

§ 8

(1) Der Beginn von Hochbaumaßnahmen des Bundes sowie die Gewährung von Zuwendungen für Hochbaumaßnahmen an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft.

(2) unverändert

(3) unverändert

§ 9

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

5. Einsparungen bei Titel 106 zur Verstärkung der bei Titel 107 veranschlagten Mittel;
6. Einsparungen bei Titel 108 zur Verstärkung der bei Titel 217 veranschlagten Mittel.

(3) Innerhalb der Kapitel 33 03, 33 04, 33 06, 33 07 und 33 08 können Einsparungen bei Titel 160 zur Verstärkung der bei Titel 161 veranschlagten Mittel verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit).

(4) In Abweichung von § 31 Satz 2 der Reichshaushaltsordnung sind übertragbare Ausgabemittel mit anderen Ausgabemitteln nach Maßgabe der im Haushaltsplan ausgebrachten Haushaltsvermerke deckungsfähig.

(5) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für Sachausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.

(6) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für allgemeine und einmalige Ausgaben der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 19 sowie der Titel 308 a, 308 b, 309 a und 309 b des Kapitels 14 02 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Mittel. § 33 der Reichshaushaltsordnung bleibt unberührt.

§ 10

Die im Haushaltsplan vorgesehenen Stellen der Eingangsgruppe einer Laufbahn dürfen abweichend von § 36 Abs. 2 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung auch mit Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, die zum Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn zugelassen sind, wenn sie erfolgreich in die Aufgaben dieser Laufbahn eingeführt sind und, soweit erforderlich, die Aufstiegsprüfung abgelegt haben.

§ 11

§ 10

unverändert

§ 11

(1) Die im Haushaltsplan ausgebrachten neuen Planstellen und Planstellenhebungen dürfen nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in Anspruch genommen werden. Soweit diese Zustimmung bis zum Ende des Rechnungsjahres nicht erteilt wird, gelten die neuen Planstellen und Planstellenhebungen als nicht bewilligt.

(2) Abweichend von § 36 b Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung kann die Einweisung in eine ge-

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

hobene Planstelle mit Rückwirkung von höchstens sechs Monaten zum 1. März 1966 erfolgen, soweit dadurch die bewilligten Haushaltsansätze nicht überschritten werden.

(3) Absatz 1 gilt für neue oder geänderte Haushaltsvermerke bei den Personaltiteln des Haushaltsplans entsprechend.

(4) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, Planstellen zu streichen, soweit diese Stellen entbehrlich sind.

(5) Ausgaben bei den Titeln 101 und 102 dürfen nur nach Maßgabe der Planstellen und Stellenhebungen geleistet werden, die unter Berücksichtigung der Vorschriften von Absatz 1 bis 4 zur Verfügung stehen. Die darüber hinausgehenden Beträge sowie die davon abhängigen Personal- und Sachausgaben sind gesperrt.

(6) Ausgaben bei den Titeln 103, 104 a, 104 b und 105 sowie die davon abhängigen Personal- und Sachausgaben, ferner Zuwendungen an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung dürfen, soweit sie auf Personalmehranforderungen oder Stellenhebungen beruhen, nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages geleistet werden. Absatz 2 gilt entsprechend, soweit nicht der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages im Einzelfall Ausnahmen zuläßt.

(1) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen zusätzlich zu schaffen, wenn ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis vorliegt, das ein Hinausschieben der Entscheidung bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1967 ausschließt.

(2) Neue Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen. Über den weiteren Verbleib der neugeschaffenen Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 12

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungs-

(7) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen zusätzlich zu schaffen, wenn ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis vorliegt, das ein Hinausschieben der Entscheidung bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1967 ausschließt. Die zusätzlichen Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen. Über den weiteren Verbleib ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 12

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

gruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. Von der Einholung der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages darf nur abgesehen werden, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet; in diesem Falle ist der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages unverzüglich zu unterrichten.

(4) Über den weiteren Verbleib der durch den Bundesminister der Finanzen nach den Absätzen 1 und 3 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland unter Wegfall der Bezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

§ 13

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem oberen Bundesgericht gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243), zuletzt geändert durch das Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 593), zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden oberen Bundesgerichts eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem oberen Bundesgericht zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg.

§ 13

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 14

(1) Werden Aufgaben von einer Dienststelle auf eine andere innerhalb des Geschäftsbereichs eines Bundesministers oder vom Geschäftsbereich eines Bundesministers zu dem eines anderen übertragen, so sind auch die Mittel und Planstellen auf die nunmehr zuständige Haushaltsstelle zu übertragen. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist von der Übertragung zu unterrichten.

(2) Zum Ausgleich des Personalbedarfs in den Geschäftsbereichen der Bundesminister kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen und Mittel von einem Kapitel auf ein anderes Kapitel desselben oder eines anderen Einzelplans übertragen. Der Beschluß ergeht auf Antrag eines Bundesministers. Eines Beschlusses der Bundesregierung bedarf es nicht, wenn die beteiligten Bundesminister einig sind oder der Personalausgleich innerhalb eines Einzelplans erfolgt. Vor der Beschlußfassung und vor Übertragung nach Satz 3 ist der Präsident des Bundesrechnungshofs von dem zuständigen Bundesminister zu hören.

(3) Die Übertragung von Mitteln oder Planstellen nach Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 3 bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(4) § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleibt durch die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 unberührt.

§ 15

Artikel 10 des Gesetzes zur Sicherung des Haushaltsausgleichs vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065) gilt mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Betrages von 3 500 000 000 Deutsche Mark der Betrag von 3 400 000 000 Deutsche Mark tritt.

§ 14

unverändert

§ 15

(1) Artikel 10 des Gesetzes zur Sicherung des Haushaltsausgleichs vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065) gilt mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Betrages von 3 500 000 000 Deutsche Mark der Betrag von 3 400 000 000 Deutsche Mark tritt.

(2) Abweichend von § 17 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 in der Fassung vom 25. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1047) und von § 20 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065), können die nach diesen Vorschriften für Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues zu verwendenden Rückflüsse, Erträge, Rückzahlungen oder Erlöse auch für Maßnahmen zugunsten des Wohnungsbaues im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung verwendet werden.

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 16

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Rechnungsjahr 1966 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umsetzungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die nach § 21 des Postverwaltungsgesetzes vom 24. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 676), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Dienstes vom 20. August 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 705), geschuldete Ablieferung, soweit sie 265 000 000 Deutsche Mark übersteigt, mit der Maßgabe zu erlassen, daß die Deutsche Bundespost den erlassenen Teilbetrag zur Verstärkung ihres Eigenkapitals verwendet.

§ 17

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen dürfen nur vorgenommen werden, wenn ihre Notwendigkeit durch das Gutachten eines kraftfahrtechnischen Sachverständigen des Bundesministeriums der Finanzen, in den Bereichen des Bundesministers des Innern, des Bundesministers der Verteidigung und des Bundesministers für Verkehr durch das Gutachten des jeweils für den Bereich des betreffenden Ministeriums zuständigen kraftfahrtechnischen Sachverständigen festgestellt ist. Der Bundesminister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

§ 18

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 4 500 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf. Soweit Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden.

§ 19

(1) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 22 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1965 vom 18. März 1965 (Bundesgesetzbl. II S. 193) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1965 bleibt bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1967 wirksam.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1966 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 1 372 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

§ 16

unverändert

§ 17

unverändert

§ 18

unverändert

§ 19

(1) unverändert

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1966 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von **436 000 000** Deutsche Mark nicht übersteigen darf.

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 20

§ 20

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

unverändert

1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausfuhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —,
- b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausfuhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;
2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung bilateraler Kapitalhilfe,
- b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;
3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt—;
4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. — Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können—;

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

5. zur Sicherung der Finanzierung von förderungswürdigen Aufbauvorhaben in Entwicklungsländern, für die der Bund im Rahmen der Kreditzusageermächtigungen für Kapitalhilfe eine Finanzierungszusage gegeben hat, wenn dadurch eine Finanzierung mit Haushaltsmitteln vermieden wird.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 17 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 9 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 5 auf 250 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

§ 21

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zum Höchstbetrage von 1 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 22

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 1 600 000 000 Deutsche Mark zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt.

§ 23

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 9 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;
2. zur Förderung des Verkehrswesens;
3. zur Förderung des Wohnungsbaues und der damit verbundenen städtebaulichen Maßnahmen, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden;
4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen — zu vergleichen § 3 des Gesetzes über

§ 21

unverändert

§ 22

unverändert

§ 23

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 9 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. unverändert

2. unverändert

3. unverändert

4. unverändert

Entwurf

die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1001);

5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 565) — Grüner Plan;
6. zur Förderung der Deutschen Fischwirtschaft;
7. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;
8. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung von Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446), zuletzt geändert durch das *Siebzehnte* Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 4. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 585);
9. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken namentlich aus Anlaß des Bezugs oder der Verwendung von Kernbrennstoffen für friedliche Zwecke, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;
10. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateraler Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhängig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer auf Freistellung des Bundes bleibt unberührt —;
11. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 24

Gewährleistungen nach den §§ 20 bis 23 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 25

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 20 bis 23 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 23 bis 26 des Haushaltsgesetzes 1965 enthalten sowie in § 27 des Haushaltsgesetzes 1965 bezeichnet sind. Die Anrechnung erfolgt, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

Beschlüsse des 13. Ausschusses

5. unverändert

6. unverändert

7. unverändert

8. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung von Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446), zuletzt geändert durch das **Achtzehnte** Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom **3. September 1965** (Bundesgesetzbl. I S. 1043);

9. unverändert

10. unverändert

11. unverändert

§ 24

unverändert

§ 25

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

(2) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 20 bis 23 können mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 26

Der Bundesminister der Finanzen hat dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages halbjährlich über den Stand der nach §§ 20 bis 23 übernommenen Verpflichtungen zu berichten.

§ 27

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kann im Namen des Deutschen Bundestages den Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung um die Erstattung von Gutachten ersuchen.

§ 28

(1) §§ 2, 3, 5, 7, 8 Abs. 1 und 3, §§ 10 bis 14, 17, 18, 19 Abs. 2 sowie §§ 20 bis 27 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Rechnungsjahres weiter.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann ab 1. Januar 1967 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1967 zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts Geldmittel im Wege des Kredits bis zu 1 000 000 000 Deutsche Mark beschaffen. Die auf Grund dieser Ermächtigung aufgenommenen Kredite sind auf den durch das Haushaltsgesetz 1967 festzulegenden Kreditrahmen anzurechnen.

(3) Die bei Kapitel A 23 02 Titel 570 ausgebrachte Ermächtigung, Verpflichtungen, und zwar auch Darlehensverpflichtungen, für künftige Rechnungsjahre zur Förderung der Entwicklungsländer einzugehen, gilt weiter bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Jahres. Die auf Grund der Weitergeltung dieser Ermächtigung im folgenden Rechnungsjahr eingegangenen Verpflichtungen sind auf den durch das Haushaltsgesetz oder den Haushaltsplan des folgenden Rechnungsjahres festgelegten Bindungsrahmen anzurechnen.

§ 26

unverändert

§ 27

unverändert

§ 28

(1) §§ 2, 3, 5, 7, 8 Abs. 1 und 3, §§ 10 bis 14, § 15 Abs. 2, §§ 17, 18, 19 Abs. 2 sowie §§ 20 bis 27 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Rechnungsjahres weiter.

(2) unverändert

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in der Zeit vom 1. Januar 1967 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1967 Darlehensverpflichtungen zu Lasten künftiger Rechnungsjahre einzugehen, soweit dies zur Fortführung von Maßnahmen erforderlich ist, für die bereits im Haushaltsplan 1966 Bindungsermächtigungen bewilligt worden sind. Die neuen Verpflichtungen dürfen jeweils 50 vom Hundert des für den einzelnen Zweck im Haushaltsplan 1966 vorgesehenen Ermächtigungsbetrages, höchstens jedoch 50 vom Hundert des im Regierungsentwurf des Haushaltsplans 1967 vorgesehenen Ermächtigungsbetrages nicht überschreiten. Die auf Grund dieser Ermächtigung eingegangenen Verpflichtungen sind jeweils auf die durch den Haushaltsplan 1967 festgelegten Bindungsermächtigungen anzurechnen.

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
§ 29	§ 29
Der Bundesminister der Finanzen kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen.	unverändert
§ 30	§ 30
Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.	unverändert
§ 31	§ 31
Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1966 in Kraft.	unverändert

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1966

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1966	gegenüber 1965	1966	1965
		DM	mehr (+) weniger (—) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	01				
	Bundespräsident und Bundespräsidialamt				
01 01	Bundespräsident	—	—	237 500	228 700
01 03	Bundespräsidialamt	17 400	+ 500	1 824 300	1 401 400
	Zusammen	17 400	+ 500	2 061 800	1 630 100
	02				
	Deutscher Bundestag				
02 01	Deutscher Bundestag	633 700	+ 21 000	13 957 000	11 233 200
02 03	Der Wehrbeauftragte des Bundestages	1 300	— 3 000	888 000	694 500
	Zusammen	635 000	+ 18 000	14 845 000	11 927 700
	03				
	Bundesrat				
03 01	Bundesrat	24 200	—	1 708 800	1 465 800
	04				
	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt				
04 01	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	25 900	+ 9 700	5 108 600	4 231 700
04 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
04 03	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	550 200	— 45 000	12 384 500	10 233 000
04 04	Bundesnachrichtendienst	—	—	—	—
	Zusammen	576 100	— 35 300	17 493 100	14 464 700
	05				
	Auswärtiges Amt				
05 01	Auswärtiges Amt	302 000	+ 17 200	33 636 700	27 040 700
05 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
05 03	Vertretungen des Bundes im Ausland	5 770 000	+ 905 000	158 256 000	143 754 100
05 04	Angelegenheiten des Europarats und verwandte Gebiete	—	—	—	—
	Zusammen	6 072 000	+ 922 200	191 892 700	170 794 800
	06				
	Bundesminister des Innern				
06 01	Bundesministerium des Innern	55 100	— 12 500	22 217 900	17 424 700
06 02	Allgemeine Bewilligungen	12 760 400	— 341 000	—	—
06 03	Bundesverwaltungsgericht	357 000	+ 76 300	4 687 100	4 130 400
06 04	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht ..	400	—	506 400	382 200
06 05	Bundesdisziplinarhof	1 800	—	1 755 200	1 521 700
06 06	Der Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesdisziplinarhof ..	100	—	439 200	378 200

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1966	1965	1966	1965	1966	1965	1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
275 000	220 000	750 000	700 000	—	—	1 262 500	+	01 01
906 300	822 400	2 305 000	6 000	40 600	472 800	5 076 200	+	01 03
1 181 300	1 042 400	3 055 000	706 000	40 600	472 800	6 338 700	+	
6 731 900	5 680 700	34 334 400	35 881 600	4 045 400	2 482 400	59 068 700	+	02 01
232 600	186 400	—	—	—	31 100	1 120 600	+	02 03
6 964 500	5 867 100	34 334 400	35 881 600	4 045 400	2 513 500	60 189 300	+	
664 400	629 000	424 000	460 000	36 000	380 200	2 833 200	—	03 01
1 002 300	912 100	707 200	700 000	14 000	61 800	6 832 100	+	04 01
— 7 414 200	— 7 862 400	—	—	—	—	— 7 414 200	+	04 02
2 940 500	2 637 600	84 166 700	81 135 500	270 400	341 500	99 762 100	+	04 03
—	—	65 593 200	63 093 200	—	—	65 593 200	+	04 04
— 3 471 400	— 4 312 700	150 467 100	144 928 700	284 400	403 300	164 773 200	+	
22 968 100	19 403 100	104 000	199 000	1 699 800	970 900	58 408 600	+	05 01
—	—	268 720 100	229 405 800	88 589 000	1 500 000	357 309 100	+	05 02
35 540 000	32 635 000	3 730 000	2 950 000	23 190 600	20 806 800	220 716 600	+	05 03
—	—	4 919 700	4 163 500	—	—	4 919 700	+	05 04
58 508 100	52 038 100	277 473 800	236 718 300	113 479 400	23 277 700	641 354 000	+	
2 582 100	2 367 100	240 000	40 000	205 100	50 000	25 245 100	+	06 01
— 60 000	— 60 000	248 577 600	236 304 700	116 292 300	104 930 000	364 809 900	+	06 02
419 400	403 400	20 000	20 000	20 500	8 000	5 147 000	+	06 03
33 600	32 200	—	—	—	—	540 000	+	06 04
285 400	280 400	30 000	40 000	80 000	—	2 150 600	+	06 05
34 800	32 900	16 000	16 500	—	—	490 000	+	06 06

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	1966	1965
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
06					
06 07	Bundesdisziplinarkammern	37 000	— 2 000	455 900	389 000
06 08	Statistisches Bundesamt	348 200	+ 10 000	33 116 700	27 496 200
06 09	Bundesamt für Verfassungsschutz	121 900	+ 25 600	14 540 700	10 552 000
06 10	Bundeskriminalamt	132 600	+ 69 100	11 491 000	9 107 300
06 13	Bundesarchiv	51 300	— 4 900	2 731 400	2 199 300
06 14	Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung	133 900	+ 19 700	1 711 800	1 461 700
06 15	Bundesverwaltungsamt	76 500	+ 7 800	8 258 400	5 946 200
06 16	Institut für Angewandte Geodäsie, Kartographie und Photogrammetrie	323 200	+ 16 100	4 437 700	3 846 600
06 19	Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz	4 867 900	+ 2 725 700	17 102 000	15 020 100
06 20	Akademie für Zivile Verteidigung	—	—	593 800	—
06 21	Bundesluftschutzverband	—	—	—	—
06 24	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder ..	280 300	— 119 800	—	—
06 25	Bundesgrenzschutz	2 929 400	— 212 600	183 268 800	153 791 600
06 26	Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern	120 000	— 1 000	4 993 100	3 122 100
06 29	Deutsches Archäologisches Institut	36 900	+ 2 500	4 721 500	3 862 500
06 30	Deutsches Historisches Institut	3 500	—	676 500	598 900
06 31	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	1 000	—	121 900	75 400
06 33	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge ..	10 700	—	1 374 900	930 200
06 34	Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus ..	200	—	1 201 900	791 600
06 35	Bundeszentrale für politische Bildung	43 300	+ 36 300	1 312 600	1 023 100
06 36	Kriegsfolgenhilfe und gleichartige Leistungen	57 010 000	+ 24 230 000	—	—
	Zusammen	79 702 600	+ 26 525 300	321 716 400	264 051 000
07					
Bundesminister der Justiz					
07 01	Bundesministerium der Justiz	2 234 200	+ 52 700	10 713 800	8 558 100
07 02	Allgemeine Bewilligungen	1 000	+ 1 000	—	—
07 03	Bundesgerichtshof	3 059 800	+ 206 200	8 220 600	7 042 600
07 04	Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe ..	500	—	4 626 400	3 651 500
07 05	Deutsches Patentamt	68 324 900	+ 5 002 600	36 445 200	28 616 600
07 06	Bundespatentgericht	2 000	—	6 480 000	5 189 300
07 07	Oberstes Rückerstattungsgericht	34 400	+ 300	1 051 800	952 000
	Zusammen	73 656 800	+ 5 262 800	67 537 800	54 010 100
08					
Bundesminister der Finanzen					
08 01	Bundesministerium der Finanzen	264 000	+ 24 700	43 001 300	35 617 900
08 02	Allgemeine Bewilligungen	81 400	+ 81 300	—	—
08 03	Bundesfinanzhof in München	6 800	+ 900	3 338 500	2 604 500
08 04	Bundesfinanzverwaltung	38 253 300	+ 415 300	552 359 000	472 891 900
08 08	Bundeshauptkasse in Bonn	—	—	1 044 400	877 000
08 09	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Offenbach (Main)	—	—	—	—
08 10	Verwaltungsamt für innere Restitutionen in Stadthagen .	—	—	193 300	158 200
	Zusammen	38 605 500	+ 522 200	599 936 500	512 149 500

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1966	1965	1966	1965	1966	1965	1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
171 500	163 300	35 000	40 000	—	—	662 400	+	06 07
2 940 200	2 706 100	4 260 500	3 770 500	6 828 800	4 215 200	47 146 200	+	06 08
1 980 800	1 682 800	5 510 300	5 945 300	383 300	386 400	22 415 100	+	06 09
1 602 900	1 604 600	2 474 800	2 251 600	521 200	1 035 100	16 089 900	+	06 10
1 134 000	781 300	242 000	132 000	297 100	394 000	4 404 500	+	06 13
483 400	438 500	397 900	355 400	6 900	—	2 600 000	+	06 14
1 431 600	1 200 800	32 529 400	33 744 900	—	—	42 219 400	+	06 15
685 700	583 700	440 400	490 200	207 100	7 400	5 770 900	+	06 16
5 525 500	4 798 500	26 249 500	25 978 000	35 129 000	38 011 900	84 006 000	+	06 19
223 200	—	100 000	400 000	100 100	—	1 017 100	+	06 20
—	—	37 000 000	31 725 900	—	—	37 000 000	+	06 21
—	—	9 335 000	14 051 000	11 598 000	2 829 000	20 933 000	+	06 24
17 542 600	16 026 600	39 493 600	41 767 700	78 202 400	100 557 000	318 507 400	+	06 25
767 500	326 800	98 900	99 000	—	27 000	5 859 500	+	06 26
1 093 900	1 063 400	2 162 100	2 002 000	431 900	592 700	8 409 400	+	06 29
188 700	178 700	151 700	130 000	25 000	25 000	1 041 900	+	06 30
39 900	34 800	19 000	8 000	—	—	180 800	+	06 31
149 300	117 700	—	—	—	—	1 524 200	+	06 33
415 000	229 000	582 000	595 000	118 700	154 000	2 317 600	+	06 34
336 700	232 700	11 100 000	10 150 000	—	100 000	12 749 300	+	06 35
—	—	557 512 900	514 682 400	200 000	300 000	557 712 900	+	06 36
40 007 700	35 225 300	978 578 600	924 740 100	250 647 400	253 622 700	1 590 950 100	+	113 311 000
1 534 800	1 367 900	358 000	633 500	85 000	75 500	12 691 600	+	07 01
—	—	432 000	—	—	—	432 000	+	07 02
1 615 700	1 060 300	509 000	509 000	—	—	10 345 300	+	07 03
20 900	20 100	—	—	—	12 500	4 647 300	+	07 04
5 136 400	3 994 700	6 229 000	6 220 000	245 000	7 000	48 055 600	+	07 05
118 300	85 600	10 000	13 000	—	—	6 608 300	+	07 06
144 100	142 500	601 400	529 400	12 500	—	1 809 800	+	07 07
8 570 200	6 671 100	8 139 400	7 904 900	342 500	95 000	84 589 900	+	15 908 800
3 762 800	3 371 500	—	—	45 500	39 400	46 809 600	+	08 01
—	—	3 503 500	2 708 900	—	—	3 503 500	+	08 02
313 600	237 200	—	—	—	—	3 652 100	+	08 03
156 158 100	138 028 800	9 275 000	4 890 000	18 777 600	20 472 200	736 569 700	+	08 04
—	—	—	—	—	—	1 044 400	+	08 08
—	—	—	—	—	—	—	—	08 09
52 700	51 300	—	—	—	—	246 000	+	08 10
160 287 200	141 688 800	12 778 500	7 598 900	18 823 100	20 511 600	791 825 300	+	109 876 500

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	1966	1965
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
09					
Bundesminister für Wirtschaft					
09 01	Bundesministerium für Wirtschaft	1 151 500	— 98 400	33 818 600	29 716 800
09 02	Allgemeine Bewilligungen	482 000	+ 93 900	—	—
09 03	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	3 668 600	+ 110 800	19 103 000	14 749 100
09 04	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bauspar- wesen	5 856 300	+ 781 100	5 107 900	4 354 400
09 05	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft	78 700	+ 3 900	7 192 900	5 893 300
09 06	Bundesstelle für Außenhandelsinformation	10 000	+ 4 500	2 112 000	1 641 100
09 07	Bundesanstalt für Materialprüfung	2 958 000	+ 504 000	9 381 700	7 149 000
09 08	Bundeskartellamt	1 002 500	— 8 900	3 654 200	3 118 200
09 09	Bundesanstalt für Bodenforschung	2 279 700	— 921 000	4 033 200	3 239 400
09 10	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	2 612 500	+ 485 200	2 098 800	1 475 000
09 11	Institut für chemisch-technische Untersuchungen	11 300	+ 6 400	1 284 300	925 200
	Zusammen	20 111 100	+ 961 500	87 786 600	72 261 500
10					
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten					
10 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	324 300	+ 54 000	18 294 400	15 191 000
10 02	Allgemeine Bewilligungen	86 991 400	+ 4 953 200	—	—
10 03	Marktordnung	753 284 800	— 49 333 200	—	—
10 07	Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft	4 176 700	+ 419 000	5 707 100	4 281 600
10 08	Bundessortenamt	967 300	+ 12 200	1 651 000	1 417 200
10 10	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft ..	906 400	— 1 052 700	6 536 900	5 740 500
10 11	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft	336 700	— 404 900	2 487 200	2 267 600
10 12	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	425 500	+ 88 900	3 647 300	3 323 100
10 13	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft ...	370 400	— 188 800	2 604 700	2 063 300
10 14	Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht	116 200	— 27 400	1 098 200	878 900
10 15	Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung	548 000	+ 221 100	1 880 400	1 374 100
10 16	Bundesforschungsanstalt für Fleischforschung	370 000	— 383 900	986 600	785 700
10 17	Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung ...	154 600	— 48 400	1 637 700	1 241 500
10 18	Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Erzeug- nisse	30 800	+ 600	516 400	423 200
10 19	Bundesanstalt für Tabakforschung	72 000	— 3 100	939 600	838 900
10 20	Bundesanstalt für Hauswirtschaft	43 200	+ 10 400	576 200	476 500
10 21	Bundesanstalt für Naturschutz, Landschaftspflege und Vegetationskunde	100 200	+ 38 800	619 600	560 100
10 22	Bundesanstalt für Fettforschung	74 600	—	284 700	246 200
10 24	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere .	98 700	+ 14 200	2 265 200	1 977 300
10 25	Forschungsanstalt für Landwirtschaft	904 000	— 18 400	6 660 900	6 486 100
	Zusammen	850 295 800	— 45 648 400	58 394 100	49 572 800
11					
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung					
11 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	114 500	+ 18 000	14 572 000	11 401 200
11 02	Allgemeine Bewilligungen	1 847 000	+ 1 486 000	—	—
11 03	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung in Wilhelmshaven	51 600	— 4 100	2 457 400	2 130 200
11 04	Bundesinstitut für Arbeitsschutz in Koblenz	5 000	+ 600	562 200	408 100
11 05	Bundesarbeitsgericht in Kassel	116 400	+ 15 100	1 915 500	1 629 800
11 06	Bundesversicherungsamt in Berlin	27 900	— 4 300	2 826 000	2 390 200
11 07	Bundessozialgericht in Kassel	170 000	+ 30 000	4 077 900	3 269 600
11 08	Ziviler Ersatzdienst	4 872 700	+ 492 700	6 952 900	6 898 700

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1966	1965	1966	1965	1966	1965	1966	gegenüber 1965	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	mehr (+) weniger (—)	
7	8	9	10	11	12	13	DM	
								15
5 078 800	4 543 600	442 200	642 200	1 153 000	1 060 900	40 492 600	+	09 01
—	—	122 390 200	104 587 600	497 765 000	580 630 000	620 155 200	—	09 02
3 073 800	3 169 700	4 583 500	2 450 500	5 409 600	10 345 200	32 169 900	+	09 03
493 100	489 000	75 200	75 000	4 300	—	5 680 500	+	09 04
1 882 800	1 849 600	—	—	14 000	10 900	9 089 700	+	09 05
552 200	543 400	2 000 000	1 690 000	10 400	11 500	4 674 600	+	09 06
1 796 000	1 596 000	3 610 000	2 783 000	3 218 000	3 117 000	18 005 700	+	09 07
319 000	311 900	4 500	4 500	20 200	10 000	3 997 900	+	09 08
732 400	720 100	2 684 600	2 570 600	2 080 000	4 198 300	9 530 200	—	09 09
461 200	422 700	27 000	30 000	18 200	4 200	2 605 200	+	09 10
264 900	250 800	92 000	86 000	320 000	1 731 800	1 961 200	—	09 11
14 654 200	13 896 800	135 909 200	114 919 400	510 012 700	601 119 800	748 362 700	—	
1 895 800	2 023 300	4 763 300	4 546 000	4 037 100	132 200	28 990 600	+	10 01
—	—	3 355 351 300	2 937 726 000	801 298 000	1 090 911 700	4 156 649 300	+	10 02
—	—	480 854 800	402 284 000	2 462 000	2 500 000	483 316 800	+	10 03
2 015 000	1 652 300	20 000	—	12 300	12 000	7 754 400	+	10 07
266 500	283 800	1 196 900	1 197 900	8 300	13 600	3 122 700	+	10 08
1 080 300	1 081 800	1 354 600	1 262 900	468 000	2 268 000	9 439 800	—	10 10
498 700	437 800	840 800	1 224 800	1 369 300	1 177 800	5 196 000	+	10 11
1 016 200	753 000	946 100	799 700	1 500 000	30 000	7 109 600	+	10 12
441 800	423 000	601 400	620 800	267 000	2 503 300	3 914 900	—	10 13
305 100	271 300	317 200	321 800	980 000	500 000	2 700 500	+	10 14
469 300	312 400	892 500	678 000	1 001 300	1 193 000	4 243 500	+	10 15
151 800	121 500	477 200	334 700	—	1 000 000	1 615 600	—	10 16
332 900	212 700	531 300	516 800	2 730 000	1 800 000	5 231 900	+	10 17
116 500	71 700	78 100	89 100	307 900	899 200	1 018 900	—	10 18
209 200	235 300	159 100	162 600	6 400	—	1 314 300	+	10 19
113 300	69 700	78 000	67 400	—	—	767 500	+	10 20
201 600	234 500	236 700	266 700	10 500	30 000	1 068 400	—	10 21
42 900	43 900	155 200	122 300	—	—	482 800	+	10 22
748 600	703 800	468 200	454 800	320 000	106 900	3 802 000	+	10 24
2 399 800	2 299 000	1 518 900	1 579 700	3 409 800	1 832 200	13 989 400	+	10 25
12 305 300	11 230 800	3 850 841 600	3 354 256 000	820 187 900	1 106 909 900	4 741 728 900	+	
2 195 400	1 742 800	930 000	965 000	464 000	82 800	18 161 400	+	11 01
—	—	53 969 800	47 065 700	15 750 000	11 850 000	69 719 800	+	11 02
294 800	298 200	—	—	—	—	2 752 200	+	11 03
165 000	119 800	17 100	17 100	—	2 500	744 300	+	11 04
197 900	185 300	63 000	66 000	—	—	2 176 400	+	11 05
478 000	406 100	15 000	16 300	—	10 900	3 319 000	+	11 06
302 300	293 400	49 000	50 000	—	—	4 429 200	+	11 07
37 000	36 500	3 748 100	4 092 800	555 000	40 000	11 293 000	+	11 08

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	1966	1965
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
11					
11 10	Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	35 000	— 20 000	—	—
11 11	Arbeitslosenhilfe	10 950 300	— 350 000	—	—
11 12*)	Kindergeld	—	—	—	—
11 13	Sozialversicherung	1 750 000	+ 70 000	—	—
(11 09)	(Sozialreform) — weggefallen —	—	—	—	1 378 300
	*) Für das Rechnungsjahr 1966 bei Kap. 2902 veranschlagt				
	Zusammen	19 940 400	+ 1 734 000	33 363 900	29 506 100
12					
	Bundesminister für Verkehr				
12 01	Bundesministerium für Verkehr	147 600	— 20 600	25 612 100	20 588 700
12 02	Allgemeine Bewilligungen	27 366 100	— 5 273 400	—	—
12 03	Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung	108 011 600	— 1 320 400	87 334 000	75 100 000
12 04	Staatswerft in Rendsburg-Saatsee	92 100	+ 45 200	—	—
12 05	Bundesschleppbetrieb in Münster (Westf.)	1 500 000	+ 1 500 000	—	—
12 06	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	621 000	+ 207 300	1 864 000	1 428 200
12 07	Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz	101 600	— 3 000	1 184 000	869 400
12 08	Bundesanstalt für Schiffsvermessung in Hamburg	751 500	+ 51 000	719 000	637 500
12 09	Deutsches Hydrographisches Institut in Hamburg	3 072 200	+ 412 000	11 046 300	9 377 200
12 10	Bundesfernstraßen	29 155 300	+ 3 260 000	—	—
12 11	Bundesanstalt für Straßenwesen in Köln	2 717 300	+ 1 338 900	1 811 600	986 900
12 12	Krafftahrt-Bundesamt in Flensburg-Mürwik	20 891 300	+ 1 461 000	11 298 000	9 156 300
12 13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwal- tungsbeamten in Frankfurt (Main)	34 100	+ 6 000	152 300	130 000
12 14	Deutscher Wetterdienst in Offenbach (Main)	2 764 000	+ 218 600	34 988 500	30 127 300
12 15	Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt (Main)	6 354 300	+ 3 512 600	35 264 500	29 446 000
12 16	Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig	161 600	+ 81 700	1 262 400	919 500
12 17	Luftfahrt	10 869 000	+ 9 800 000	—	—
	Zusammen	214 610 600	+ 15 276 900	212 536 700	178 767 000
13					
	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen				
13 01	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen ..	—	—	100 300	88 200
13 03	Bundesdruckerei	6 880 400	— 2 619 600	—	—
	Zusammen	6 880 400	— 2 619 600	100 300	88 200
14					
	Bundesminister der Verteidigung				
14 01	Bundesministerium der Verteidigung	—	—	102 013 100	83 913 300
14 02	Allgemeine Bewilligungen	241 460 000	+ 106 315 000	—	—
14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.	470 000	+ 70 000	2 556 370 000	2 272 619 000
14 04	Bundeswehrverwaltung usw.	—	—	1 780 120 000	1 502 173 000
14 05	Bildungswesen	40 000	— 10 000	—	—
14 06	Militärseelsorge	—	—	11 670 000	10 154 000
14 07	Rechtspflege	—	—	2 188 000	1 875 000
14 08	Sanitätswesen	1 272 000	+ 171 000	—	—
14 10	Verpflegung	240 000	— 50 000	—	—
14 11	Bekleidung	2 700 000	+ 500 000	—	—
14 12	Unterbringung	72 399 800	+ 17 578 000	—	—
14 13	Pionierwesen	—	—	—	—
14 14	Fernmeldewesen	1 390 000	— 500 000	—	—
14 15	Feldzeugwesen	—	—	—	—
14 16	ABC-Schutzmaterial	—	—	—	—
14 17	Quartiermeisterwesen	30 000	+ 10 000	—	—
14 18	Schiffe und Marinegerät	—	—	—	—
14 19	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	2 848 900	— 77 700	—	—
14 21	Wehrtechnik und Beschaffung	—	—	220 569 000	179 011 000
14 23	Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten	—	—	910 050 000	614 280 000
	Zusammen	322 850 700	+ 124 006 300	5 582 980 100	4 664 025 300

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1966	1965	1966	1965	1966	1965	1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	
—	—	4 832 765 000	5 172 671 000	—	15 000 000	4 832 765 000	— 354 906 000	11 10
—	—	42 509 500	46 771 500	—	—	42 509 500	— 4 262 000	11 11
—	—	—	2 764 000 000	—	—	—	— 2 764 000 000	11 12 *)
—	—	8 298 464 900	7 691 321 800	—	—	8 298 464 900	+ 607 143 100	11 13
—	74 000	—	67 000	—	—	—	— 1 519 300	(11 09)
3 670 400	3 156 100	13 232 531 400	15 727 104 200	16 769 000	26 986 200	13 286 334 700	— 2 500 417 900	
5 306 200	4 251 700	—	—	19 000	27 600	30 937 300	+ 6 069 300	12 01
— 35 848 700	— 35 570 800	2 628 258 200	1 207 356 900	56 231 300	62 947 500	2 648 640 800	+ 1 413 900	12 02
12 936 800	9 848 200	197 765 500	187 405 200	120 252 400	212 575 900	418 288 700	— 66 640 600	12 03
—	—	—	—	430 100	389 900	430 100	+ 40 200	12 04
—	—	—	—	—	—	—	—	12 05
433 900	301 400	182 500	166 500	—	—	2 480 400	+ 584 300	12 06
151 900	138 300	251 500	183 500	246 500	250 000	1 833 900	+ 392 700	12 07
52 600	57 700	3 500	—	—	—	775 100	+ 79 900	12 08
985 900	793 000	2 573 500	2 509 600	391 000	499 000	14 996 700	+ 1 817 900	12 09
—	—	3 400 000 000	3 216 000 000	—	—	3 400 000 000	+ 184 000 000	12 10
229 900	173 700	360 000	217 800	315 800	—	2 717 300	+ 1 338 900	12 11
3 541 200	2 485 800	5 672 800	5 177 800	271 000	1 843 000	20 783 000	+ 2 120 100	12 12
37 800	36 900	111 000	94 000	—	—	301 100	+ 40 200	12 13
2 559 900	2 466 400	7 776 300	7 342 400	5 613 600	5 600 700	50 938 300	+ 5 401 500	12 14
4 034 800	3 420 400	28 388 000	21 730 700	31 588 900	26 221 100	99 276 200	+ 18 458 000	12 15
194 100	159 800	286 000	286 000	—	—	1 742 500	+ 377 200	12 16
—	—	55 344 500	53 419 600	3 104 000	—	58 448 500	+ 5 028 900	12 17
— 5 383 700	— 11 437 500	6 326 973 300	4 701 890 000	218 463 600	310 354 700	6 752 589 900	+ 1 573 015 700	
—	—	—	—	—	—	100 300	+ 12 100	13 01
—	—	—	—	900 000	750 000	900 000	+ 150 000	13 03
—	—	—	—	900 000	750 000	1 000 300	+ 162 100	
19 415 000	13 128 800	6 635 000	6 485 000	224 000	301 000	128 287 100	+ 24 459 000	14 01
513 806 900	393 602 200	1 055 619 300	1 149 654 000	—	167 200 000	1 569 426 200	— 141 030 000	14 02
78 450 000	61 668 700	164 340 000	135 240 000	8 340 000	8 247 000	2 807 500 000	+ 329 725 300	14 03
41 750 000	41 567 400	18 150 000	17 974 000	6 847 000	2 481 900	1 846 867 000	+ 282 670 700	14 04
—	—	29 964 600	31 535 000	1 530 000	1 182 500	31 494 600	— 1 222 900	14 05
1 447 400	1 220 400	1 684 000	1 539 000	846 800	524 500	15 648 200	+ 2 210 300	14 06
153 500	155 000	60 000	55 000	11 500	—	2 413 000	+ 328 000	14 07
—	—	116 140 000	93 610 000	66 500 000	107 000 000	182 640 000	— 17 970 000	14 08
—	—	296 050 000	286 568 000	800 000	1 074 000	296 850 000	+ 9 208 000	14 10
—	—	138 070 000	182 915 000	53 000 000	71 500 000	191 070 000	+ 63 345 000	14 11
743 550 000	737 230 000	— 62 650 000	— 68 080 000	2 309 421 000	2 231 921 800	2 990 321 000	+ 89 249 200	14 12
—	—	19 000 000	17 000 000	70 000 000	125 000 000	89 000 000	— 53 000 000	14 13
82 000 000	77 000 000	100 000 000	95 000 000	393 000 000	499 000 000	575 000 000	— 96 000 000	14 14
—	—	981 540 000	1 021 391 000	1 897 200 000	2 583 772 000	2 878 740 000	— 726 423 000	14 15
—	—	6 500 000	4 900 000	29 000 000	35 000 000	35 500 000	— 4 400 000	14 16
—	—	191 640 000	213 115 000	35 000 000	45 000 000	226 640 000	— 31 475 000	14 17
—	—	121 123 000	113 374 000	475 200 000	509 500 000	596 323 000	— 26 551 000	14 18
—	—	758 500 000	787 500 000	907 600 000	1 349 100 000	1 666 100 000	— 470 500 000	14 19
9 854 000	9 143 000	26 580 000	20 976 000	28 183 200	36 570 000	285 186 200	+ 39 486 200	14 21
—	—	38 108 000	21 808 000	—	—	948 158 000	+ 312 070 000	14 23
1 490 426 800	1 334 715 500	4 007 053 900	4 132 559 000	6 282 703 500	7 774 374 700	17 363 164 300	— 542 510 200	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1966	gegenüber 1965	1966	1965
		DM	mehr (+) weniger (—)	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	15				
	Bundesminister für Gesundheitswesen				
15 01	Bundesministerium für Gesundheitswesen	8 200	— 700	6 907 900	5 043 600
15 02	Allgemeine Bewilligungen	2 800 000	+ 684 000	—	—
15 03	Bundesgesundheitsamt in Berlin	1 477 600	— 49 700	11 048 700	8 056 100
	Zusammen	4 285 800	+ 633 600	17 956 600	13 099 700
	19				
	Bundesverfassungsgericht				
19 01	Bundesverfassungsgericht	19 000	—	2 978 000	2 531 300
	20				
	Bundesrechnungshof				
20 01	Bundesrechnungshof	19 500	+ 1 700	12 353 500	10 046 100
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
23 01	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ..	37 700	+ 2 000	6 023 900	4 315 200
23 02	Allgemeine Bewilligungen	167 655 000	+ 62 345 000	—	—
	Zusammen	167 692 700	+ 62 347 000	6 023 900	4 315 200
	24				
	Bundesschatzminister				
24 01	Bundesschatzministerium	131 100	— 1 900	8 429 500	6 481 800
24 02	Allgemeine Bewilligungen	70 770 000	— 22 997 400	—	—
24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	249 991 700	— 5 553 700	—	—
24 04	Bundesbaudirektion	971 700	+ 428 500	7 222 400	6 499 100
	Zusammen	321 864 500	— 28 124 500	15 651 900	12 980 900
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau				
25 01	Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau ..	29 300	+ 3 800	7 163 300	6 449 100
25 02	Allgemeine Bewilligungen	229 341 200	+ 4 955 100	—	—
	Zusammen	229 370 500	+ 4 958 900	7 163 300	6 449 100
	26				
	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte				
26 01	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	6 000	+ 2 000	4 947 600	4 372 700
26 02	Allgemeine Bewilligungen	26 270 000	— 15 100 000	—	—
26 03	Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin und Gießen und des Beauftragten der Bundesregierung für die Verteilung im Grenzdurchgangslager Friedland	1 000	—	2 227 900	2 068 100
26 05	Bundesausgleichsamt in Bad Homburg v. d. H.	4 300	— 2 200	3 660 100	3 301 900
	Zusammen	26 281 300	— 15 100 200	10 835 600	9 742 700
	27				
	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen				
27 01	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	192 800	+ 133 600	6 509 800	5 111 300
27 02	Allgemeine Bewilligungen	128 900	— 1 800	—	—
	Zusammen	321 700	+ 131 800	6 509 800	5 111 300
	28				
	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder				
28 01	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	2 700	— 3 700	1 061 100	780 400

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.	
1966	1965	1966	1965	1966	1965	1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM		
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1 531 300	1 522 300	—	—	36 400	101 900	8 475 600	+	1 807 800	15 01
—	—	54 837 800	40 621 400	2 691 000	2 770 000	57 528 800	+	14 137 400	15 02
2 097 400	1 803 100	4 000 800	3 299 700	2 538 500	2 833 700	19 685 400	+	3 692 800	15 03
3 628 700	3 325 400	58 838 600	43 921 100	5 265 900	5 705 600	85 689 800	+	19 638 000	
436 100	396 400	4 000	4 000	2 014 200	5 015 900	5 432 300	—	2 515 300	19 01
1 863 300	1 409 400	80 000	100 000	18 400	7 100	14 315 200	+	2 752 600	20 01
1 585 200	1 054 200	—	—	205 000	—	7 814 100	+	2 444 700	23 01
—	—	988 845 400	349 271 000	119 600 000	—	1 108 445 400	+	759 174 400	23 02
1 585 200	1 054 200	988 845 400	349 271 000	119 805 000	—	1 116 259 500	+	761 619 100	
1 277 100	1 152 100	—	—	276 500	34 900	9 983 100	+	2 314 300	24 01
—	—	362 500	14 802 500	60 500 000	—	60 862 500	+	46 060 000	24 02
52 100 000	61 690 000	94 590 100	86 082 300	34 991 300	25 367 900	181 681 400	+	8 541 200	24 03
13 640 100	6 674 300	60 000	60 000	213 500	—	21 136 000	+	7 902 600	24 04
67 017 200	69 516 400	95 012 600	100 944 800	95 981 300	25 402 800	273 663 000	+	64 818 100	
926 500	973 900	150 000	300 000	479 500	6 800	8 719 300	+	989 500	25 01
—	—	1 382 107 100	833 404 900	72 340 000	48 926 600	1 454 447 100	+	572 115 600	25 02
926 500	973 900	1 382 257 100	833 704 900	72 819 500	48 933 400	1 463 166 400	+	573 105 100	
507 700	616 900	—	—	21 200	—	5 476 500	+	486 900	26 01
—	—	255 751 800	251 017 600	350 000	25 000	256 101 800	+	5 059 200	26 02
293 200	305 500	5 000	5 000	—	—	2 526 100	+	147 500	26 03
396 500	430 200	17 000	43 800	—	10 400	4 073 600	+	287 300	26 05
1 197 400	1 352 600	255 773 800	251 066 400	371 200	35 400	268 178 000	+	5 980 900	
1 556 100	1 290 500	500	600	38 900	80 500	8 105 300	+	1 622 400	27 01
—	—	234 490 000	234 040 000	960 000	2 322 000	235 450 000	—	912 000	27 02
1 556 100	1 290 500	234 490 500	234 040 600	998 900	2 402 500	243 555 300	+	710 400	
185 600	118 800	—	—	—	22 500	1 246 700	+	325 000	28 01

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	1966	1965
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	29				
	Bundesminister für Familie und Jugend				
29 01	Bundesministerium für Familie und Jugend	2 100	— 3 355 000	3 190 400	2 309 700
29 02	Allgemeine Bewilligungen	3 400 000	+ 3 400 000	—	—
	Zusammen	3 402 100	+ 45 000	3 190 400	2 309 700
	30				
	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates				
30 01	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates	4 400	— 3 900	505 500	335 400
	31				
	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung				
31 01	Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung	42 900	— 1 300	8 721 800	7 008 800
31 02	Bewilligungen für die allgemeine wissenschaftliche Forschung	110 000	+ 20 000	—	—
31 03	Bewilligungen für die Atomkernenergieforschung und -nutzung	194 700	+ 73 200	—	—
31 04	Bewilligungen für die Weltraumforschung	6 000 000	+ 5 970 000	—	—
31 05	Deutsches Historisches Institut in Paris	300	—	392 700	259 700
	Zusammen	6 347 900	+ 6 061 900	9 114 500	7 268 500
	32				
	Bundesschuld				
32 03	Bundesschuldenverwaltung	1 867 600	+ 209 600	8 956 800	8 133 100
32 05	Verzinsung und Tilgung	—	—	—	—
32 07	Zum Ankauf von Schuldurkunden des Bundes	—	—	—	—
32 08	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	—	—	—	—
32 09	Schulden des Bundes, die nicht der Bundesschuldenverwaltung unterliegen	1 150 100	— 2 100 400	—	—
	Zusammen	3 017 700	— 1 890 800	8 956 800	8 133 100
	33				
	Versorgung				
33 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
33 03	Versorgung der Beamten und Richter des Bundes	200 000	—	241 670 000	172 862 000
33 04	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	30 000	— 10 000	460 261 000	340 087 000
33 06	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	100 000	+ 100 000	81 650 000	79 020 000
33 07	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	17 000 000	+ 4 000 000	1 693 334 000	1 385 023 000
33 08	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	13 500 000	+ 6 500 000	838 340 000	730 290 000
	Zusammen	30 830 000	+ 10 590 000	3 315 255 000	2 707 282 000
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
35 02	Besatzungskosten in Berlin	2 700 000	+ 100 000	—	—
35 03	Auftragsausgaben Klasse I in Berlin	10 000	—	—	—
35 04	Auftragsausgaben Klasse II in Berlin	250 000	+ 70 000	—	—
35 06	Auftragsausgaben im Bundesgebiet (ohne Berlin)	—	—	—	—
35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet (ohne Berlin) entsteht	52 500 000	— 4 500 000	—	—
35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	88 300	+ 6 000	—	—
	Zusammen	55 548 300	— 4 324 000	—	—

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1966	1965	1966	1965	1966	1965	1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
908 500	515 300	—	92 690 000	24 300	—	4 123 200	— 91 391 800	29 01
—	—	2 939 095 000	—	—	—	2 939 095 000	+ 2 939 095 000	29 02
908 500	515 300	2 939 095 000	92 690 000	24 300	—	2 943 218 200	+ 2 847 703 200	
276 700	142 400	—	—	93 000	—	875 200	+ 397 400	30 01
2 278 500	2 226 600	706 000	673 000	47 000	41 800	11 753 300	+ 1 803 100	31 01
—	—	620 079 100	448 969 100	262 500	250 000	620 341 600	+ 171 122 500	31 02
—	—	209 926 600	185 143 800	269 123 100	204 686 600	479 049 700	+ 89 219 300	31 03
—	—	206 076 000	132 040 000	22 000 000	17 407 000	228 076 000	+ 78 629 000	31 04
74 800	65 900	74 000	74 000	—	—	541 500	+ 141 900	31 05
2 353 300	2 292 500	1 036 861 700	766 899 900	291 432 600	222 385 400	1 339 762 100	+ 340 915 800	
2 026 600	1 843 700	17 929 600	46 881 000	—	—	28 913 000	— 27 944 800	32 03
—	—	2 662 264 100	2 149 430 900	—	—	2 662 264 100	+ 512 833 200	32 05
—	—	—	—	—	—	—	—	32 07
—	—	— 80 000 000	—	—	—	— 80 000 000	— 80 000 000	32 08
—	—	160 159 300	456 161 200	—	—	160 159 300	— 296 001 900	32 09
— 2 026 600	1 843 700	2 760 353 000	2 652 473 100	—	—	2 771 336 400	+ 108 886 500	
— 460 261 000	— 340 087 000	—	—	—	—	— 460 261 000	— 120 174 000	33 02
—	—	—	—	—	—	241 670 000	+ 68 808 000	33 03
—	—	—	—	—	—	460 261 000	+ 120 174 000	33 04
—	—	—	—	—	—	81 650 000	+ 2 630 000	33 06
—	—	—	—	—	—	1 693 334 000	+ 308 311 000	33 07
—	—	—	—	—	—	838 340 000	+ 108 050 000	33 08
— 460 261 000	— 340 087 000	—	—	—	—	2 854 994 000	+ 487 799 000	
—	—	234 494 600	219 085 200	—	—	234 494 600	+ 15 409 400	35 02
—	—	3 651 000	1 201 000	—	—	3 651 000	+ 2 450 000	35 03
—	—	47 375 900	48 764 500	—	—	47 375 900	— 1 388 600	35 04
—	—	500 000	500 000	—	—	500 000	—	35 06
—	—	61 601 000	62 205 000	165 550 000	87 660 000	227 151 000	+ 77 286 000	35 11 a
—	—	13 541 000	12 866 000	8 250 000	5 358 200	21 791 000	+ 3 566 800	35 11 b
—	—	361 163 500	344 621 700	173 800 000	93 018 200	534 963 500	+ 97 323 600	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1966	gegenüber 1965	1966	1965
		DM	mehr (+) weniger (—) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	36				
	Zivile Verteidigung				
36 04	Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	1 445 000	+ 275 000	—	—
36 05	Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers für Wirtschaft	—	—	—	—
36 06	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10 000	—	—	—
36 07	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet des Verkehrs	40 000	— 35 000	—	—
36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen	—	—	—	—
36 09	Forschung, Entwicklung und Erprobung auf dem Gebiet des baulichen Zivilschutzes	44 700	+ 2 500	—	—
36 10	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft	100	—	—	—
	Zusammen	1 539 800	+ 242 500	—	—
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
60 01	Steuern und Abgaben				
	Besitz- und Verkehrsteuern	26 660 000 000	+ 2 440 000 000		
	Einkommen- und Körperschaftsteuern	17 823 000 000	+ 1 650 000 000		
	Zölle und Verbrauchsteuern	19 207 000 000	+ 2 142 000 000		
	Minderertrag an Steuern	—	+ 30 000 000		
	Abgaben	15 000 000	+ 5 700 000		
	Lastenausgleich	1 665 000 000	+ 86 000 000		
	Zusammen	65 370 000 000	+ 6 353 700 000	—	—
60 02 *)	Allgemeine Bewilligungen	559 899 700	— 8 998 000	100 000	400 100 000
60 04 *)	Sonderleistungen des Bundes	10 364 000	+ 2 693 800	3 900 000	3 800 000
60 05 *)	Leistungen des Bundes für Berlin	—	—	—	—
60 06 *)	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	45 302 600	+ 27 389 600	—	—
	Zusammen	65 985 566 300	+ 6 374 785 400	4 000 000	403 900 000
	Die mit *) gekennzeichneten Kapitel haben einen außerordentlichen Haushalt (Sp. 16—28)				

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1966	1965	1966	1965	1966	1965	1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	
—	—	74 600 000	94 085 000	185 450 000	170 170 000	260 050 000	— 4 205 000	36 04
—	—	4 015 800	5 715 800	2 721 700	2 409 000	6 737 500	— 1 387 300	36 05
—	—	50 315 000	51 825 000	—	—	50 315 000	— 1 510 000	36 06
—	—	4 866 800	11 355 000	54 889 800	50 871 200	59 756 600	— 2 469 600	36 07
—	—	409 000	90 000	51 051 000	86 015 000	51 460 000	— 2 250 000	36 08
—	—	2 875 000	3 470 000	170 000	450 000	3 045 000	— 875 000	36 09
—	—	—	2 565 000	2 565 000	—	2 565 000	—	36 10
—	—	137 081 600	169 105 800	296 847 500	277 520 200	433 929 100	— 12 696 900	
—	—	—	—	—	—	—	—	60 01
3 918 800	3 600 400	508 380 000	— 1 165 776 100	356 670 200	102 992 000	869 068 200	+ 1 528 151 900	60 02 *)
—	—	4 239 585 200	3 946 324 100	47 970 400	97 083 400	4 291 455 600	+ 244 248 100	60 04 *)
—	—	2 355 000 000	2 068 850 000	—	—	2 355 000 000	+ 286 150 000	60 05 *)
—	—	366 239 800	295 455 100	1 710 000	—	367 949 800	+ 72 494 700	60 06 *)
3 918 800	3 600 400	7 469 205 000	5 144 853 100	406 350 600	200 075 400	7 883 473 600	+ 2 131 044 700	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
A 10 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 334 256 300
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 334 256 300
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
A 12 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 201 300 000
A 12 10	Bundesfernstraßen	—	—	—	—
A 12 17	Luftfahrt	—	—	—	— 48 104 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 249 404 000
	14				
	Bundesminister der Verteidigung				
A 14 12	Unterbringung	—	—	—	— 483 500 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 483 500 000
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
A 23 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	436 000 000	— 75 074 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	436 000 000	— 75 074 000

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap.
1966 DM	1965 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	1966 DM	1965 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	
7	8	9	10	11	12	13
86 991 400	82 038 200	+ 4 953 200	4 156 649 300	4 362 894 000	— 206 244 700	10 02 u. A 10 02
763 304 400	813 906 000	— 50 601 600	585 079 600	493 331 800	+ 91 747 800	übrige Kap.
850 295 800	895 944 200	— 45 648 400	4 741 728 900	4 856 225 800	— 114 496 900	
27 366 100	32 639 500	— 5 273 400	2 648 640 800	1 436 033 600	+ 1 212 607 200	12 02 u. A 12 02
29 155 300	25 895 300	+ 3 260 000	3 400 000 000	3 216 000 000	+ 184 000 000	12 10
10 869 000	1 069 000	+ 9 800 000	58 448 500	101 523 600	— 43 075 100	12 17 u. A 12 17
147 220 200	139 729 900	+ 7 490 300	645 500 600	675 421 000	— 29 920 400	übrige Kap.
214 610 600	199 333 700	+ 15 276 900	6 752 589 900	5 428 978 200	+ 1 323 611 700	
72 399 800	54 821 800	+ 17 578 000	2 990 321 000	3 384 571 800	— 394 250 800	14 12 u. A 14 12
250 450 900	144 022 600	+ 106 428 300	14 372 843 300	15 004 602 700	— 631 759 400	übrige Kap.
322 850 700	198 844 400	+ 124 006 300	17 363 164 300	18 389 174 500	— 1 026 010 200	
167 655 000	105 310 000	+ 62 345 000	1 544 445 400	860 345 000	+ 684 100 400	23 02 u. A 23 02
37 700	35 700	+ 2 000	7 814 100	5 369 400	+ 2 444 700	23 01
167 692 700	105 345 700	+ 62 347 000	1 552 259 500	865 714 400	+ 686 545 100	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1966	gegenüber 1965	1966	gegenüber 1965
		DM	mehr (+) weniger (—) DM	DM	mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6
	24				
	Bundesschatzminister				
A 24 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 18 500 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 18 500 000
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung				
A 25 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 350 500 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 350 500 000
	32				
	Bundesschuld				
A 32 01	Einnahmen aus Anleihen	436 000 000	— 1 580 084 300	—	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	436 000 000	— 1 580 084 300	—	—
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
A 35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet (ohne Berlin) entsteht	—	—	—	— 60 000 000
A 35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	—	—	—	— 2 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 62 000 000
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
A 60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 4 000 000
A 60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	—	—	—
A 60 05 *)	Leistungen des Bundes für Berlin	—	—	—	—
A 60 06	Überstaatliche Zusammenschlüsse und gewisse zwischenstaatliche Organisationen von erheblicher finanzieller Bedeutung	—	—	—	— 2 850 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 6 850 000
	*) Vorjähriger Ansatz Kap. A 60 05: Bundeshilfe für Berlin 256 000 000 DM				

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap.
1966	1965	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	1966	1965	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13
70 770 000	93 767 400	— 22 997 400	60 862 500	33 302 500	+ 27 560 000	24 02 u. A 24 02
251 094 500	256 221 600	— 5 127 100	212 800 500	194 042 400	+ 18 758 100	übrige Kap.
321 864 500	349 989 000	— 28 124 500	273 663 000	227 344 900	+ 46 318 100	
229 341 200	224 386 100	+ 4 955 100	1 454 447 100	1 232 831 500	+ 221 615 600	25 02 u. A 25 02
29 300	25 500	+ 3 800	8 719 300	7 729 800	+ 989 500	übrige Kap.
229 370 500	224 411 600	+ 4 958 900	1 463 166 400	1 240 561 300	+ 222 605 100	
436 000 000	2 016 084 300	— 1 580 084 300	—	—	—	32 01 u. A 32 01
3 017 700	4 908 500	— 1 890 800	2 771 336 400	2 662 449 900	+ 108 886 500	übrige Kap.
439 017 700	2 020 992 800	— 1 581 975 100	2 771 336 400	2 662 449 900	+ 108 886 500	
52 500 000	57 000 000	— 4 500 000	227 151 000	209 865 000	+ 17 286 000	35 11 a u. A 35 11 a
88 300	82 300	+ 6 000	21 791 000	20 224 200	+ 1 566 800	35 11 b u. A 35 11 b
2 960 300	2 790 000	+ 170 000	286 021 500	269 550 700	+ 16 470 800	übrige Kap.
55 548 300	59 872 300	— 4 324 000	534 963 500	499 639 900	+ 35 323 600	
559 899 700	568 897 700	— 8 998 000	869 068 200	— 655 083 700	+ 1 524 151 900	60 02 u. A 60 02
10 364 000	7 670 200	+ 2 693 800	4 291 455 600	4 047 207 500	+ 244 248 100	60 04 u. A 60 04
—	—	—	2 355 000 000	2 068 850 000	+ 286 150 000	60 05 b u. A 60 05
45 302 600	17 913 000	+ 27 389 600	367 949 800	298 305 100	+ 69 644 700	60 06 u. A 60 06
65 370 000 000	59 016 300 000	+ 6 353 700 000	—	—	—	übrige Kap.
65 985 566 300	59 610 780 900	+ 6 374 785 400	7 883 473 600	5 759 278 900	+ 2 124 194 700	

Gesamtplan

Einnahmen

Epl.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen	
		1966	gegenüber 1965
		DM	mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	17 400	+ 500
02	Deutscher Bundestag	635 000	+ 18 000
03	Bundesrat	24 200	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	576 100	— 35 300
05	Auswärtiges Amt	6 072 000	+ 922 200
06	Bundesminister des Innern	79 702 600	+ 26 525 300
07	Bundesminister der Justiz	73 656 800	+ 5 262 800
08	Bundesminister der Finanzen	38 605 500	+ 522 200
09	Bundesminister für Wirtschaft	20 111 100	+ 961 500
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	850 295 800	— 45 648 400
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	19 940 400	+ 1 734 000
12	Bundesminister für Verkehr	214 610 600	+ 15 276 900
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	6 880 400	— 2 619 600
14	Bundesminister der Verteidigung	322 850 700	+ 124 006 300
15	Bundesminister für Gesundheitswesen	4 285 800	+ 633 600
19	Bundesverfassungsgericht	19 000	—
20	Bundesrechnungshof	19 500	+ 1 700
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	167 692 700	+ 62 347 000
24	Bundesschatzminister	321 864 500	— 28 124 500
25	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	229 370 500	+ 4 958 900
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegs- geschädigte	26 281 300	— 15 100 200
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	321 700	+ 131 800
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	2 700	— 3 700
29	Bundesminister für Familie und Jugend	3 402 100	+ 45 000
30	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesver- teidigungsrates	4 400	— 3 900
31	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	6 347 900	+ 6 061 900
32	Bundesschuld	3 017 700	— 1 890 800
33	Versorgung	30 830 000	+ 10 590 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	55 548 300	— 4 324 000
36	Zivile Verteidigung	1 539 800	+ 242 500
60	Allgemeine Finanzverwaltung	65 985 566 300	+ 6 374 785 400
	Insgesamt	68 470 092 800	+ 6 537 277 100

Gesamtplan

Außerordentliche Einnahmen		Gesamteinnahmen			Epl.
1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	1966	1965	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	
5	6	7	8	9	10
—	—	17 400	16 900	+ 500	01
—	—	635 000	617 000	+ 18 000	02
—	—	24 200	24 200	—	03
—	—	576 100	611 400	— 35 300	04
—	—	6 072 000	5 149 800	+ 922 200	05
—	—	79 702 600	53 177 300	+ 26 525 300	06
—	—	73 656 800	68 394 000	+ 5 262 800	07
—	—	38 605 500	38 083 300	+ 522 200	08
—	—	20 111 100	19 149 600	+ 961 500	09
—	—	850 295 800	895 944 200	— 45 648 400	10
—	—	19 940 400	18 206 400	+ 1 734 000	11
—	—	214 610 600	199 333 700	+ 15 276 900	12
—	—	6 880 400	9 500 000	— 2 619 600	13
—	—	322 850 700	198 844 400	+ 124 006 300	14
—	—	4 285 800	3 652 200	+ 633 600	15
—	—	19 000	19 000	—	19
—	—	19 500	17 800	+ 1 700	20
—	—	167 692 700	105 345 700	+ 62 347 000	23
—	—	321 864 500	349 989 000	— 28 124 500	24
—	—	229 370 500	224 411 600	+ 4 958 900	25
—	—	26 281 300	41 381 500	— 15 100 200	26
—	—	321 700	189 900	+ 131 800	27
—	—	2 700	6 400	— 3 700	28
—	—	3 402 100	3 357 100	+ 45 000	29
—	—	4 400	8 300	— 3 900	30
—	—	6 347 900	286 000	+ 6 061 900	31
436 000 000	— 1 580 084 300	439 017 700	2 020 992 800	— 1 581 975 100	32
—	—	30 830 000	20 240 000	+ 10 590 000	33
—	—	55 548 300	59 872 300	— 4 324 000	35
—	—	1 539 800	1 297 300	+ 242 500	36
—	—	65 985 566 300	59 610 780 900	+ 6 374 785 400	60
436 000 000	— 1 580 084 300	68 906 092 800	63 948 900 000	+ 4 957 192 800	

Gesamtplan

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Personalausgaben		Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben	
		1966	1965	1966	1965	1966	1965
		DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	2 061 800	1 630 100	1 181 300	1 042 400	3 055 000	706 000
02	Deutscher Bundestag	14 845 000	11 927 700	6 964 500	5 867 100	34 334 400	35 881 600
03	Bundesrat	1 708 800	1 465 800	664 400	629 000	424 000	460 000
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	17 493 100	14 464 700	— 3 471 400	— 4 312 700	150 467 100	144 928 700
05	Auswärtiges Amt	191 892 700	170 794 800	58 508 100	52 038 100	277 473 800	236 718 300
06	Bundesminister des Innern	321 716 400	264 051 000	40 007 700	35 225 300	978 578 600	924 740 100
07	Bundesminister der Justiz	67 537 800	54 010 100	8 570 200	6 671 100	8 139 400	7 904 900
08	Bundesminister der Finanzen	599 936 500	512 149 500	160 287 200	141 688 800	12 778 500	7 598 900
09	Bundesminister für Wirtschaft	87 786 600	72 261 500	14 654 200	13 896 800	135 909 200	114 919 400
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	58 394 100	49 572 800	12 305 300	11 230 800	3 850 841 600	3 354 256 000
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	33 363 900	29 506 100	3 670 400	3 156 100	13 232 531 400	15 727 104 200
12	Bundesminister für Verkehr	212 536 700	178 767 000	— 5 383 700	— 11 437 500	6 326 973 300	4 701 890 000
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	100 300	88 200	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	5 582 980 100	4 664 025 300	1 490 426 800	1 334 715 500	4 007 053 900	4 132 559 000
15	Bundesminister für Gesundheitswesen	17 956 600	13 099 700	3 628 700	3 325 400	58 838 600	43 921 100
19	Bundesverfassungsgericht	2 978 000	2 531 300	436 100	396 400	4 000	4 000
20	Bundesrechnungshof	12 353 500	10 046 100	1 863 300	1 409 400	80 000	100 000
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	6 023 900	4 315 200	1 585 200	1 054 200	988 845 400	349 271 000
24	Bundesschatzminister	15 651 900	12 980 900	67 017 200	69 516 400	95 012 600	100 944 800
25	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	7 163 300	6 449 100	926 500	973 900	1 382 257 100	833 704 900
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	10 835 600	9 742 700	1 197 400	1 352 600	255 773 800	251 066 400
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	6 509 800	5 111 300	1 556 100	1 290 500	234 490 500	234 040 600
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder ...	1 061 100	780 400	185 600	118 800	—	—
29	Bundesminister für Familie und Jugend	3 190 400	2 309 700	908 500	515 300	2 939 095 000	92 690 000
30	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates ..	505 500	335 400	276 700	142 400	—	—
31	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	9 114 500	7 268 500	2 353 300	2 292 500	1 036 861 700	766 899 900
32	Bundesschuld	8 956 800	8 133 100	2 026 600	1 843 700	2 760 353 000	2 652 473 100
33	Versorgung	3 315 255 000	2 707 282 000	— 460 261 000	— 340 087 000	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—	—	—	—	361 163 500	344 621 700
36	Zivile Verteidigung	—	—	—	—	137 081 600	169 105 800
60	Allgemeine Finanzverwaltung	4 000 000	403 900 000	3 918 000	3 600 400	7 469 205 000	5 144 853 100
	Insgesamt	10 613 909 700	9 219 000 000	1 416 003 200	1 338 155 700	46 737 622 000	40 373 363 500

Gesamtplan

Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Außerordentliche Ausgaben		Gesamtausgaben			Epl.
1966	1965	1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	1966	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	1966	1965	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14	15	16	17	
40 600	472 800	6 338 700	+ 2 487 400	—	—	6 338 700	3 851 300	+ 2 487 400	01
4 045 400	2 513 500	60 189 300	+ 3 999 400	—	—	60 189 300	56 189 900	+ 3 999 400	02
36 000	380 200	2 833 200	— 101 800	—	—	2 833 200	2 935 000	— 101 800	03
284 400	403 300	164 773 200	+ 9 289 200	—	—	164 773 200	155 484 000	+ 9 289 200	04
113 479 400	23 277 700	641 354 000	+ 158 525 100	—	—	641 354 000	482 828 900	+ 158 525 100	05
250 647 400	253 622 700	1 590 950 100	+ 113 311 000	—	—	1 590 950 100	1 477 639 100	+ 113 311 000	06
342 500	95 000	84 589 900	+ 15 908 800	—	—	84 589 900	68 681 100	+ 15 908 800	07
18 823 100	20 511 600	791 825 300	+ 109 876 500	—	—	791 825 300	681 948 800	+ 109 876 500	08
510 012 700	601 119 800	748 362 700	— 53 834 800	—	—	748 362 700	802 197 500	— 53 834 800	09
820 187 900	1 106 909 900	4 741 728 900	+ 219 759 400	—	— 334 256 300	4 741 728 900	4 856 225 800	— 114 496 900	10
16 769 000	26 986 200	13 286 334 700	— 2 500 417 900 *)	—	—	13 286 334 700	15 786 752 600	— 2 500 417 900 *)	11
218 463 600	310 354 700	6 752 589 900	+ 1 573 015 700	—	— 249 404 000	6 752 589 900	5 428 978 200	+ 1 323 611 700	12
900 000	750 000	1 000 300	+ 162 100	—	—	1 000 300	838 200	+ 162 100	13
6 282 703 500	7 774 374 700	17 363 164 300	— 542 510 200	—	— 483 500 000	17 363 164 300	18 389 174 500	— 1 026 010 200	14
5 265 900	5 705 600	85 689 800	+ 19 638 000	—	—	85 689 800	66 051 800	+ 19 638 000	15
2 014 200	5 015 900	5 432 300	— 2 515 300	—	—	5 432 300	7 947 600	— 2 515 300	19
18 400	7 100	14 315 200	+ 2 752 600	—	—	14 315 200	11 562 600	+ 2 752 600	20
119 805 000	—	1 116 259 500	+ 761 619 100	436 000 000	— 75 074 000	1 552 259 500	865 714 400	+ 686 545 100	23
95 981 300	25 402 800	273 663 000	+ 64 818 100	—	— 18 500 000	273 663 000	227 344 900	+ 46 318 100	24
72 819 500	48 933 400	1 463 166 400	+ 573 105 100	—	— 350 500 000	1 463 166 400	1 240 561 300	+ 222 605 100	25
371 200	35 400	268 178 000	+ 5 980 900	—	—	268 178 000	262 197 100	+ 5 980 900	26
998 900	2 402 500	243 555 300	+ 710 400	—	—	243 555 300	242 844 900	+ 710 400	27
—	22 500	1 246 700	+ 325 000	—	—	1 246 700	921 700	+ 325 000	28
24 300	—	2 943 218 200	+ 2 847 703 200 *)	—	—	2 943 218 200	95 515 000	+ 2 847 703 200 *)	29
93 000	—	875 200	+ 397 400	—	—	875 200	477 800	+ 397 400	30
291 432 600	222 385 400	1 339 762 100	+ 340 915 800	—	—	1 339 762 100	998 846 300	+ 340 915 800	31
—	—	2 771 336 400	+ 108 886 500	—	—	2 771 336 400	2 662 449 900	+ 108 886 500	32
—	—	2 854 994 000	+ 487 799 000	—	—	2 854 994 000	2 367 195 000	+ 487 799 000	33
173 800 000	93 018 200	534 963 500	+ 97 323 600	—	— 62 000 000	534 963 500	499 639 900	+ 35 323 600	35
296 847 500	277 520 200	433 929 100	— 12 696 900	—	—	433 929 100	446 626 000	— 12 696 900	36
406 350 600	200 075 400	7 883 473 600	+ 2 131 044 700	—	— 6 850 000	7 883 473 600	5 759 278 900	+ 2 124 194 700	60
9 702 557 900	11 002 296 500	68 470 092 800	+ 6 537 277 100	436 000 000	— 1 580 084 300	68 906 092 800	63 948 900 000	+ 4 957 192 800	

*) Die bis einschließlich 1965 bei Kap. 1112 veranschlagten Mittel für das Bundeskindergeldgesetz sind ab 1966 auf das Kap. 2902 übertragen (1965: 2 764 000 000 DM; 1966: 2 843 000 000 DM).